

*Kommunist sein, bedeutet
kühn sein, denken, wollen, wagen!*

W. W. MAJAKOWSKI



Ausgabe 48 - November 2020

Inhalt

In eigener Sache I	1
Uns geht es besser als anderen in Westeuropa	2
Einige sozialpolitische Details	3
In eigener Sache II	4

In eigener Sache I

Liebe Genossen und Freunde,

schweren Herzens muss ich wegen der verschärften Corona-Regeln die für den 20. November 2020 in Sonneberg geplante Stolpersteinlegung für Adolf Wicklein absagen. Da ich nicht mehr genau weiß, wen ich im einzelnen zur Gedenkveranstaltung einlud, sende ich die Absage an alle unsere Rotinfo -Sonneberg-

Leser. Um weder Kurt Demnig noch die Teilnehmer der Gedenkveranstaltungen zu gefährden, hat sich die Stiftung Stolpersteine dazu entschlossen, alle diesjährigen Termine zu streichen. Da Kurt Demnig bis Ende 2021 bereits ausgebucht ist, können jene Termine auch nicht nachgeholt werden. Deshalb bekomme ich den Stein zugesandt. Mit Hilfe des stellvertretenden Bürgermeisters von Sonneberg

und den Bauhofmitarbeitern kann ich dann den Stein selbst verlegen lassen. Ich hoffe ganz stark, dass bis Mai die Bedingungen so sind, dass die geplante Gedenkveranstaltung nachgeholt werden kann. Dies ist den Mitgliedern des „Arbeitskreises antifaschistische Gedenkkultur Sonneberg“ ganz wichtig, denn der

Stolperstein soll die erste Station auf den schon konzipierten „Wegen der Erinnerung und Mahnung“ werden. Wenn alles gut geht, melde ich mich im Frühjahr mit neuen Einladungen bei Euch.

Mit antifaschistischem Gruß
Brigitte Dornheim

Uns geht es besser als anderen in Westeuropa

von Reiner Kotulla

Wir stellen uns gerade heute, in Pandemie-Zeiten, die Frage, warum wohl das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland anderen europäischen Ländern gegenüber überlegen erscheint? Dazu lohnt es sich, einen Blick zurückzuwerfen.

Als sie noch existierte, saß die DDR nicht nur mit am Verhandlungstisch, wenn es um gewerkschaftliche Forderungen der Werktätigen in der BRD ging.

Sie war das Konkurrenzsystem, das man in der BRD respektieren musste, wollte man vermeiden, dass die Menschen im Westen auf „dumme Gedanken“ kamen. Anpassung gehörte seiner Zeit zu den Methoden der sogenannten „Sozialen Marktwirtschaft“, die eine Erscheinungsform des Kapitalismus war.

Sie war es, sie kommt nicht wieder. Sie kann nicht zurückkehren, auch wenn Politiker der Linken wie Sahra Wagenknecht es gerne hätten und auch fordern. Sie hat ausgedient, weil der Konkurrent DDR nicht mehr existiert.

Die meisten von den Werktätigen Westdeutschlands erkämpften sozialen Errungenschaften wurden nach der Okkupation der DDR kontinuierlich abgebaut. Auch auf diesem Gebiet zeigt heute der Kapitalismus sein wahres Gesicht. Schröders Hartz VI-Politik war nur ein Meilenstein auf diesem Wege. Und doch funktioniert

manches hierzulande anscheinend besser als beispielsweise in Großbritannien oder in den USA. Fragt sich nur, wie lange noch.

Werfen wir deshalb einen Blick zurück auf das Gesundheitswesen der DDR, an dem man sich im Westen orientieren musste.

Kein früheres Staatsgebilde der deutschen Geschichte hatte eine solche Wandlung in Bezug auf humanistische Zielstellungen, Strukturen, Systemlösungen und Beziehungen der Menschen zueinander und zu anderen Staaten versucht wie diese DDR. Außerdem sind wohl noch nie in einem so kurzen Zeitraum derart einschneidende Umbrüche alter Lebensvorstellungen und Lebensweisen erfolgt wie in den 40 Jahren der DDR.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier einige beispielhafte Stärken des DDR-Gesundheitswesens genannt:

1. Es gelang, die vorher bestehenden sozialen Schranken für die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen und Hilfen zu beseitigen und allen Menschen eine unentgeltliche und gleichermaßen zugängliche gesundheitliche Versorgung zu ermöglichen. Grundlage dafür war ein durchgehend und konsequent verwirklichtes Solidarprinzip auf der Basis eines einheitlichen sozialen

Versicherungssysteme sowie von Zuschüssen aus dem Staatshaushalt.

2. Im unmittelbaren Arzt-Patient-Verhältnis konnte sich der Arzt der DDR frei von jeglichen kommerziellen Erwägungen und ohne Rücksichten auf die eigene ökonomische Existenz den individuellen gesundheitlichen Problemen seiner Patienten widmen. Es gab keine strukturell eingebaute Steuerung des medizinischen Denkens und Handelns über das Geld. Diese fundamentalen Vorzüge waren Ärzten offensichtlich so selbstverständlich geworden, dass ihr Verlust von vielen erst im Nachhinein empfunden wurde.
3. Die Spezialisierung der Medizin schritt schnell voran, was im gleichen Maße und Tempo Integration erforderte. Kooperation und Zusammenarbeit der zunehmenden Zahl ärztlicher Spezialisten, aller anderen Ärzte und Mitarbeiter im Gesundheitswesen mussten gestaltet und organisiert werden. Die praktische Umsetzung dieser elementaren Notwendigkeit war im DDR-Gesundheitswesen in vielen Jahren immer bewusst betrieben worden und weitestgehend nahezu flächendeckend gelungen.

Hier sei nur an die Poliklinik und die damit verbundene Kooperation ambulant tätiger Ärzte untereinander und mit den stationären Einrichtungen erinnert, die vielerorts unter einem Dach zusammengeführt waren.

4. Zu den herausragenden Merkmalen des DDR-Gesundheitswesens zählt zweifellos auch der von vornherein hohe Stellenwert prophylaktischen Handelns. Die dafür geschaffenen gesetzlichen Grundlagen und praktischen Arbeitsformen enthielten

auch auf längere Sicht eine Vielzahl vorbildlicher Regelungen. So seien genannt: der Gesundheitsschutz für Mutter und Kind, die prophylaktische zahnärztliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen, die arbeitsmedizinische Versorgung durch ein leistungsfähiges Betriebsgesundheitswesen, das von den Betriebsleitungen völlig unabhängig war die vorbeugende Betreuung von Patienten mit bestimmten Krankheiten sowie der Infektionsschutz u. a. und die dies tragenden Einrichtungen.

Einige sozialpolitische Details

„Das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft“ vom März 1972 bedeutete die Befreiung der Frauen vom Gebärzwang und eröffnete ihnen das Selbstbestimmungsrecht, über Zeitpunkt, Anzahl und zeitliche Aufeinanderfolge von Geburten frei zu entscheiden. Gleichzeitig wurde durch dieses Gesetz die kostenfreie Abgabe ärztlich verordneter Verhütungsmittel geregelt und damit der Prävention das Primat eingeräumt. Aus medizinischer Sicht zeigten sich schon sehr bald Auswirkungen dieses Gesetzes in der deutlichen Senkung der Müttersterblichkeit, der Suizide bei Schwangeren und Wöchnerinnen und der Anzahl klinischer Erkrankungen infolge von Aborten. Viele sozialpolitische Maßnahmen der ehemaligen DDR sind es wert, wieder in Erinnerung gerufen zu werden. Sie sind teilweise in Vergessenheit geraten und klingen gelegentlich fast unglaubwürdig. Dazu gehört die Möglichkeit für berufstätige Großmütter, in Vertretung ihrer Töchter oder Schwiegertöchter das bezahlte Babyjahr in Anspruch zu nehmen (bei Garantie des eigenen Arbeitsplatzes!), damit die Mutter des Kindes ihre Ausbildung oder ihr Studium ungehindert fortsetzen konnte. Das heute in dieser BRD zur Übernahme in die einschlägigen gesetzlichen Regelungen zu empfehlen, würde wohl nur Heiterkeit

auslösen. Ernsthafter wäre schon an solche Bedingungen wie die kostenlose Abgabe von Antikonzeptiva an alle Frauen, die vollständige Kostenübernahme des Schwangerschaftsabbruches und aller damit im Zusammenhang notwendigen medizinischen Maßnahmen sowie die selbstverständliche Arbeitsbefreiung mit Lohnfortzahlung u.v.a. DDR-Errungenschaften zu denken.

Kommunisten müssen heute entschlossen den Verlogenheiten und Halbwahrheiten vieler angepasster „DDR-Geschichtsaufarbeiter“ mit der Wahrheit entgegentreten, dabei die konkret historischen Bedingungen nicht vergessend! Wilhelm von Humboldt sagte einmal: „Nur wer sozial sicher ist, kann auch frei sein.“ (Vergl. *Dr. med. Günther Lange*: Medizinische Versorgung und Sozialpolitik in BRD und DDR, in: news.dkp.de, 12.12.2013)

In eigener Sache II

Wir, die Redaktion des „rotinfo sonneberg“, erklären:

- Das „rotinfo sonneberg“ ist keine Onlineplattform.
- Wenn wir schreiben, „Und wie immer hoffen wir auf Eure Meinung“, meinen wir Lesermeinungen zu Texten in unseren Ausgaben.
- Der Umfang eines Leserbriefes ist im Impressum angegeben.
- Und natürlich muss die Meinung der Leserbriefschreiber nicht die der Redaktion sein.

Seit Kurzem versenden wir unser „rotinfo sonneberg“ auch per Post an Freunde und Genossen, die keinen Internetanschluss besitzen. Dadurch entstehen uns Druck- und Portokosten. Deshalb sind uns Spenden willkommen.

Spendenkonto: Reiner Kotulla, IBAN: DE53 5155 0035 0027 3107 88

Alle Ausgaben des rotinfo sonneberg hier im Archiv:

<https://thueringen.dkp.de/rotinfo-sonneberg/>

Weitere Informationen finden sich auf den Webseiten
der Wochenzeitung „unsere Zeit“

<http://www.unsere-zeit.de/>



Impressum

rotinfo sonneberg, Hrsg.: DKP-Grundorganisation Sonneberg, Karlstraße 33, 96515 Sonneberg. V.i.S.d.P: Brigitte Dornheim, Reiner Kotulla. Erscheint unregelmäßig.

Leserbriefe, Anfragen, Artikelvorschläge (bis 3000 Zeichen mit Leerzeichen) an:

E-Mail: rotinfo-sonneberg.de oder reiner.kotulla@t-online.de

**Wenn Du uns schreibst „Bitte nehmt mich aus dem, bzw. in den Verteiler“,
kommen wir dem sofort nach.**